I. Einleitung

"Nichts wird uns aufhalten. Alles ist möglich. Berlin ist frei." Diese Worte sprach Bill Clinton – auf deutsch – am 12. Juli 1994 in Berlin am Brandenburger Tor. In derselben Rede versprach er: "Amerika steht an Ihrer Seite, jetzt und für immer." Ebenso offensichtlich wie gewollt knüpfte Clinton hier wie manch ein Präsident vor ihm an Kennedys berühmte Rede von 1963 vor dem Schöneberger Rathaus an. Clintons recht knappe Ansprache war zuvor als "historisches" Ereignis angekündigt worden und war gleichermaßen dem Gedenken an das Schicksal Berlins in der Zeit des Kalten Krieges, wie auch zu einem beträchtlichen Teil den gemeinsamen zukünftigen Aufgaben gewidmet, der Befriedung – etwa in Jugoslawien –, Erweiterung und Vertiefung Europas als gemeinsamer deutsch-amerikanischer Aufgabe. In ungewöhnlicher Klarheit offenbarte sich hier bei dieser Gelegenheit ein Muster der deutsch-amerikanischen Beziehungen: Auf der einen Seite war allen Beteiligten klar, daß eine Phase zu Ende war und eine neue begonnen hatte, denn immerhin war der Anlaß für Clintons Besuch in Berlin und die Rede der Abzug der amerikanischen Garnison, also der "Schutzmacht", die hier über vier Jahrzehnte ihre Rechte als Siegermacht bewahrt und damit zugleich die Freiheit des westlichen Teils der Stadt geschützt hatte. Auf der anderen Seite bemühte sich Clinton in seiner Rede zu versichern, daß sich trotz der neuen Umstände nichts ändern werde, zumindest soweit es die Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen betraf. Er machte also deutlich, daß die USA trotz aller Veränderungen in der Weltpolitik die Bundesrepublik Deutschland als eine befreundete Macht und einen wichtigen Partner betrachtete.

In seltsamer Koinzidenz war an demselben 12. Juli 1994 das bekannte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Bundeswehreinsätzen "out-of-area" verkündet worden. Künftig sollten derartige Bundeswehreinsätze im Rahmen des Bündnisses und mit Zustimmung des Bundestages möglich sein; zumindest die Verfassungslage stand dem nicht mehr im Wege. Dieses Urteil wurde von beiden Staatsmännern, Kohl und Clinton, mit großer Genugtuung kommentiert. Das war kaum überraschend, denn die CDU hatte sich mit ihrer Position vor dem Gericht weitgehend durchgesetzt und zugleich entsprach das Urteil genau dem, was Clinton einen Tag zuvor in Bonn gesagt bzw. gefordert hatte, nämlich daß das wiedervereinigte Deutschland in den internationalen Beziehungen mehr Verantwortung übernehmen solle; genau dazu ebnete das Verfassungsgerichtsurteil im

Bereich der Sicherheitspolitik den Weg und insofern war es ganz im Sinne des amerikanischen Präsidenten. Deutschland war durch die Wiedervereinigung größer und – so sah man es jedenfalls in den meisten Teilen der Welt – auch mächtiger geworden. Aus dieser Tatsache leiteten insbesondere die Vereinigten Staaten höhere Erwartungen an Deutschland ab.

Diese zweifellos zufällige Koinzidenz von Clintons Staatsbesuch und der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils verweist zugleich auf die komplexe Gemengelage aus dem Wandel der internationalen Strukturen einerseits und der zumindest in den Reden der Politiker beschworenen Kontinuität der deutsch-amerikanischen Kooperation andererseits. Dabei war allerdings ein neues Element, nämlich die erhöhten Erwartungen an Deutschland, deutlich zu erkennen.

Im folgenden werden nach einigen inhaltlichen und theoretischen Vorüberlegungen und einem sehr knappen Rückblick auf die Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes drei Thesen zur Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in den neunziger Jahren aufgestellt und begründet werden. Diesen Thesen liegt die eigentliche Fragestellung zugrunde, was nämlich die genuin deutschen Interessen in bzw. besser an den deutsch-amerikanischen Beziehungen sind.

Damit also zu den erwähnten Vorbemerkungen:

1. Ein Wort dazu, worauf in diesem Vortrag nicht eingegangen wird, nämlich auf die verschiedenen bilateralen Einzelprobleme zwischen Deutschland und den USA, so wichtig und schwierig sie im einzelnen auch sein mögen. Aber egal, ob es das Sorgerecht um Kinder aus binationalen Ehen geht oder um die Art, wie die Scientology Kirche in Deutschland behandelt wird, um das inzwischen einigermaßen entschärfte Problem der Zwangsarbeiterentschädigung oder um die eher lokalen Streitigkeiten um die amerikanische Botschaft in Berlin; all dies wird nicht weiter thematisiert, weil es immer aktuelle Probleme gibt, die allerdings nach einem mehr oder weniger kurzen Aufwallen in den Medien meist schnell gelöst und wieder vergessen werden. Wer erinnert sich heute noch im Detail an die Empörung in manchen Kreisen in den Vereinigten Staaten über die Verletzung der Religionsfreiheit in Deutschland, als es um die Behandlung der Scientology-Sekte ging? Selbst die nicht zu verkennende kulturelle Entfremdung der Amerikaner von Deutschland, so wichtig sie für die bilateralen Beziehungen werden kann,

soll nicht weiter thematisiert werden. Nur so viel; innerhalb der amerikanischen politischen Elite insbesondere im Kongreß hat sich in der letzten Jahren ein Generationswechsel vollzogen; die Generation der Entscheidungsträger im Kalten Krieg wurde durch eine jüngere Generation abgelöst, der Europa insgesamt, auch Deutschland fremder ist und die aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage außen- und sicherheitspolitischen Themen – und das heißt automatisch auch den Interessen der amerikanischen Bündnispartner in Europa – weniger Aufmerksamkeit und Verständnis entgegenbringt. Ähnliches gilt für die Amerikaner insgesamt, was auch damit zu tun hat, daß die Begegnung mit Europa seltener geworden ist. Dies wiederum geht zu einem guten Teil auf die erhebliche Reduzierung amerikanischer Truppen in Deutschland zurück.

Warum soll auf diese Fragen nicht näher eingegangen werden? Ich bin der Meinung, daß sich diese und vergleichbare Probleme erst dann nachhaltig auf die Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen auswirken werden, wenn es gewissermaßen auf der Makro-Ebene zu gravierenden Störungen kommen sollte. Was damit gemeint ist, dazu später mehr.

2. Ohne zu verkennen, daß es gerade in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zahlreiche nicht-staatliche Akteure gibt, etwa die bereits genannte Scientology-"Kirche" oder die großen Organisationen der jüdischen Interessenvertretung, die in den letzten Jahren eine wichtige Rolle gespielt haben, werden im folgenden doch in erster Linie die sicherheitspolitischen Interessen der Staaten behandelt, die nach wie vor die entscheidenden Akteure auf internationaler Ebene sind; insofern bewege ich mich in einem realistischen Paradigma. Realistisches und nicht neo-realistisches Paradigma, weil meines Erachtens der strukturelle Neo-Realismus an der Schwäche aller strukturalistischen Theorien leidet, egal ob man die Saussuresche Sprachwissenschaft oder die Ethnologie von Levy-Strauss oder eben den strukturellen Realismus von Kenneth Waltz nimmt. Diachrone Entwicklungen, also Veränderungen über die Zeit hinweg, können strukturalistische Ansätze weder adäquat erfassen noch erklären noch gar prognostizieren. Waltz sagt etwa an einer Stelle, daß Veränderungen im internationalen System nicht im System, sondern in den Teilen, also den Einzelstaaten ihren Ursprung hätten; diese Veränderung in den Einzelstaaten sei aber nicht theoriefähig. Das sagt mehr über den Wert der Theorie als über die Veränderung im internationalen System.

Diese Schwäche der Theorie, die in den Jahren des großen Strukturwandels der internationalen Politik ganz deutlich geworden ist, sollte jedoch nicht dazu verleiten, den

Realismus ganz zu verwerfen, sondern sollte eher zu einer Rückbesinnung auf die älteren realistischen Theorieansätze etwa von Hans J. Morgenthau führen und auf deren Wurzeln in der Tradition der deutschen Geschichtsschreibung, etwa der neo-rankeanischen Schule. Es ist gewiß kein Zufall, daß es mit Paul Kennedy ein auch in dieser Tradition stehender Historiker war, der Ende der achtziger Jahre in seinem Buch "The Rise and Fall of the Great Powers" einer Prognose des Verfalls der sowjetischen Macht am nächsten kam. Im folgenden soll es allerdings weniger um die Theorie gehen als ganz konkret um die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

II. Die Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Kalten Krieg

Das Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik war seit der Gründung des westdeutschen Teilstaates eine besondere Beziehung, wenn auch keine "special relationship". Die zwanglose Vertrautheit, die Übereinstimmung der Interessen, kurz die "Kombination von Geschichte, Wirklichkeit und Gefühl" (William Smyser), die das britisch-amerikanische Verhältnis bestimmte, hat die Bundesrepublik im Umgang mit den Vereinigten Staaten nie erreicht. Eine ungewöhnliche Beziehung war es dennoch; der evangelische Theologe und frühere Sondergefangene von Adolf Hitler, Martin Niemöller, hat diese Besonderheit der Beziehungen in dem polemischen Vorwurf zusammengefaßt, die Bundesrepublik sei im Vatikan gezeugt und in Washington geboren worden, damit auf die führende Rolle der deutschen Katholiken und die Urheberschaft der Vereinigten Staaten anspielend. Natürlich war das überzogen, es trifft aber zu, daß die Vereinigten Staaten bei der Staatsgründung der Bundesrepublik die treibende Kraft waren und die Bundesrepublik zur Formierung eines neu gestalteten Westeuropas brauchten, das fähig sein sollte, mit amerikanischer Hilfe dem Expansionsdrang der Sowjetunion zu widerstehen. Und so unterstützte Washington stets Adenauers Strategie, durch die Integration der neuen Bundesrepublik in den Westen, sowohl im europäischen wie auch im transatlantischen NATO-Rahmen, allmählich den Status des besiegten Feindstaates zu überwinden und zu einer, wenn auch eingeschränkten, Gleichberechtigung zu kommen.
Wenn ich bisher das Interesse der Vereinigten Staaten an der Bundesrepublik betont habe, so weist dies schon darauf hin, daß Bonn als ein wichtiger Bündnispartner in Washington Gehör fand und über einen gewissen Einfluß verfügte. Zuletzt hat Thomas Risse-Kappen in seinem Buch "Cooperation among Democracies" auf den "big influence of small

powers" hingewiesen. Freilich darf man dies auch nicht überschätzen. Es führt letztlich kein Weg daran vorbei, daß die USA die Hegemonialmacht des Westens waren – ich sage waren, weil ich im Moment über die Phase des Ost-West-Konflikts spreche, nicht weil sie es etwa nicht mehr wären. Dies hat sich auch im Verhältnis zur Bundesrepublik ausgewirkt; *nolens volens* mußten die Deutschen alle Veränderungen der amerikanischen Strategie nachvollziehen und sich anpassen. Daran führte schon deshalb kein Weg vorbei, weil die Beziehung von einer strukturellen Asymmetrie geprägt. Westdeutschland war der Frontstaat im Kalten Krieg und vom Schutz, den die amerikanischen Nuklearwaffen bereitstellten, völlig einseitig abhängig. Außerdem war den meisten deutschen Politikern völlig klar, daß es zu einer Veränderung der globalen Machtverhältnisse, die sich positiv auf die Lösung der deutschen Frage, also auf das Ziel der Wiedervereinigung auswirken würde, nur dann kommen könne, wenn die USA weiterhin ihr machtpolitisches Gewicht in die Waagschale werfen würden. In den siebziger Jahren, als die USA politisch und wirtschaftlich durch den Vietnamkrieg geschwächt waren, wurde diese strukturelle Asymmetrie etwas verdeckt durch den gestiegenen wirtschaftlichen Einfluß der Bundesrepublik, grundsätzlich änderte sich jedoch nichts. Dies war, stark vereinfacht, die Grundstruktur bis zur großen Umwälzung in den internationalen Beziehungen der Jahre 1989/90.

III. Die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg

Das eigentliche Thema, die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, soll, wie eingangs erwähnt, mit Hilfe von drei Thesen dargestellt werden.

These 1: Die deutsche Außenpolitik, insbesondere die Sicherheitspolitik, läßt sich seit der Wiedervereinigung als eine Anpassung an die teils expliziten, teils impliziten amerikanische Erwartungen beschreiben.

Zur Begründung: Die USA waren diejenige Großmacht, die die deutsche Vereinigung am stärksten und konstantesten unterstützte, wenn auch nicht ohne den Vorbehalt, daß das wiedervereinigte Deutschland in der NATO verbleiben müsse. Damit war das Kalkül der deutschen Politik aufgegangen; das machtpolitische Gewicht der USA hatte nicht nur dazu beigetragen, die Reformpolitik in der UdSSR herbeizuführen – ohne Gorbatschows Rolle herabwürdigen zu wollen, sollte man nicht verkennen, daß seine Politik nur deshalb

möglich wurde, weil die Sowjetunion im neuerlichen Rüstungswettlauf der achtziger Jahre schlicht nicht mehr mithalten konnte –, darüber hinaus hat die Unterstützung der Vereinigten Staaten, die enge Koordination zwischen den westdeutschen und den amerikanischen Verantwortlichen den Prozeß der Wiedervereinigung durch das schwierige Jahr 1990 gesteuert.

Es war keineswegs nur der Preis für diese Unterstützung, daß die neue Bundesrepublik die USA nunmehr weltpolitisch entlasten und selber mehr Verantwortung übernehmen solle, wobei in amerikanischer Sicht beides dasselbe ist. Keineswegs nur der Preis deshalb, weil das Wort von den "partners in leadership", das diese amerikanische Erwartungshaltung bereits beinhaltete, schon vor der Wiedervereinigung im Frühjahr 1989 von Bush gesprochen worden war. Bereits damals war das gewachsene Gewicht der Deutschen spürbar gewesen; die Briten etwa, die diese Rolle gerne für sich in Anspruch nahmen, waren von dieser Formulierung von Bush alles andere als entzückt. Auch wenn die Erwartung größerer Verantwortungsübernahme durch die Deutschen also schon vor der Wiedervereinigung bestand, so bekam das Ganze mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine zusätzliche neue Qualität. Deutschland würde durch die Vereinigung an Macht und Einfluß gewinnen, so die allgemeine Erwartung, die es in der oben genannten Weise gebrauchen sollte.

Der Golfkrieg (1991) war die Nagelprobe und das vereinigte Deutschland erfüllte die in Amerika bestehenden Erwartungen nicht, bezahlte die ihm präsentierte Rechnung nicht, nicht einmal mit einer kleinen symbolischen militärischen Beteiligung an der internationalen Anti-Saddam-Koalition. Statt dessen geriet die Bundesrepublik wegen der Lieferungen von Giftgasfabriken an den Irak, die nicht entscheidend über das hinausgingen, was andere Staaten in früherer Zeit ebenfalls dorthin geliefert hatten, ins Feuer der amerikanischen Medienkritik. Das Wort vom "Auschwitz in der Wüste", ursprünglich von dem einflußreichen amerikanischen Kolumnisten William Safire auf die Lieferungen deutscher Giftgasfabriken an Libyen gemünzt, wurde nun auf die Raketenangriffe des Iraks auf Israel bezogen – man befürchtete anfangs, daß diese Raketen mit Giftgas bestückt sein könnten, das aus Fabriken stammte, die von deutschen Firmen geliefert worden waren. Dieses harte, polemische Wort fuhr den deutschen Politikern in die Knochen; so etwas durfte nicht noch einmal passieren. Und so wurde zielstrebig darauf hingearbeitet, zukünftig in der Lage zu sein, die amerikanischen Erwartungen hinsichtlich militärischer Unterstützung erfüllen zu können. Die einzelnen

Stationen bis hin zur Beteiligung an den NATO-Luftschlägen gegen Serbien im letzten Jahr will ich hier nicht im Einzelnen rekonstruieren. Linkspazifistische Kreise haben diese Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, die Übernahme auch militärisch größerer Verantwortung, stets als "Militarisierung" kritisiert. Wichtig ist im Hinblick auf diese Neuorientierung jedoch, daß bereits im Golfkrieg in der Auseinandersetzung der sogenannten Bellizisten und Pazifisten die Neubestimmung Grüner Politik, die unter Außenminister Joschka Fischer vollendet wurde, ihren Ausgang nahm. Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger waren die Vordenker, denen sich im Laufe eines knappen Jahrzehnts die Mehrheit des realpolitischen Flügels der Grünen anschloß. Auch bei den Sozialdemokraten wurden im Laufe der neunziger Jahre pazifistische Oppositionspositionen sukzessive geräumt, eine realpolitische Anpassung, die, wenn man mit der Geschichte der SPD auch nur ein wenig vertraut ist, kaum überraschen konnte.

Der "Mehr-Verantwortung-übernehmen"-Diskurs im Hinblick auf Deutschland wurde von der Clinton-Administration nach dem Wahlsieg von 1992 im übrigen ohne jede Einschränkung weitergeführt, ja fast noch gesteigert, brauchte die neue amerikanische Regierung unter der Politik des "assertive multilateralism" der ersten Jahre doch Partner in Europa, zu denen selbstverständlich auch das vergrößerte und verstärkte Deutschland zählen sollte. Und auch als der republikanisch dominierte Kongreß seit den gewonnenen "mid-term elections" von 1994 mehr Mitsprache beanspruchte, änderte sich daran gar nichts, eher im Gegenteil, denn eines der Ziele der Republikaner war es, die Kosten der amerikanischen Außenpolitik zu reduzieren.

Anders als sein Vorgänger Bush konnte Clinton gewissermaßen die Dividende des dauernden amerikanischen Drängens auf stärkere deutsche Verantwortungsübernahme einfahren. Nicht nur waren deutsche Truppen an der Stabilisierung des Friedens nach dem Bosnien-Krieg im Rahmen der SFOR-Truppen beteiligt, vor allem beteiligte sich Deutschland auch am Kosovo-Krieg. Nichts macht den säkularen Einschnitt in der deutschen Außenpolitik der Nachkriegszeit – und damit meine ich immer noch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – deutlicher als dieser erste Kriegseinsatz deutscher Truppen. Kaum ein halbes Jahr nach seinem Wahltriumph fand sich Gerhard Schröder in der Rolle eines "Kriegskanzlers" wieder. Die moralisierende Rhetorik, die diesen Kriegseinsatz begleitete, war in erster Linie für das heimische Publikum bestimmt; außenpolitisch, daran kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, galt es für die neue rot-grüne Bundesregierung und nicht zuletzt für den in der 68er-Bewegung sozialisierten, im

Frankfurter Straßenkampf profilierten Außenminister, Handlungs-, Regierungs- und vor allem Bündnisfähigkeit unter Beweis zu stellen. Keine zehn Jahre nach dem Golfkrieg konnte man diesmal den amerikanischen Erwartungen gerecht werden und Joschka Fischer durfte daraufhin Madeleine zu seiner amerikanischen Amtskollegin Albright sagen.

Meine zweite These lautet: In dem Maße wie die Bundesrepublik den amerikanischen Erwartungen gerecht wurde, fanden sich die Vereinigten Staaten in der Rolle eines Zauberlehrlings wieder, der den Ergebnissen dessen, was er immer gefordert hatte, höchst zwiespältig gegenübersteht.

Was man in den Vereinigten Staaten nicht, oder nicht hinreichend, bedacht hatte bei der geradezu gebetsmühlenartig erhobenen Forderung, die Deutschen sollten mehr Verantwortung übernehmen, war, daß sich die Erfüllung dieser Forderung nicht nur im NATO-Rahmen vollziehen würde. In der NATO bestand die traditionelle amerikanische Hegemonie fort, die die USA im übrigen sehr hemdsärmelig verteidigten, als die Franzosen sich kooperationsbereit zeigten und sich wieder in die militärische NATO-Zusammenarbeit eingliedern wollten; allerdings verbanden sie diese Absicht mit dem Ziel, den Oberbefehl im NATO-Südabschnitt, Mittelmeer, zu erhalten, was die Amerikaner schroff zurückwiesen. Die deutsche Übernahme von mehr Verantwortung vollzog sich also, um darauf zurückzukommen, nicht nur im NATO-Rahmen, sondern auch im europäischen Rahmen. Anfänglich erschien dies auch gar nicht weiter problematisch, richtete sich die amerikanische Forderung der erweiterten Lastenteilung im Bündnis durchaus auch an die übrigen Europäer und keineswegs nur an Deutschland. Die lang anhaltende Zurückhaltung der Vereinigten Staaten im ehemaligen Jugoslawien – sowohl unter Bush wie auch unter Clinton – ging vornehmlich auf die Einschätzung zurück, dies sei der Hinterhof der Europäer, die nun einmal beweisen sollten, daß sie in der Lage seien, die europäischen Probleme selber zu lösen. Dieser Beweis wurde bekanntlich nicht erbracht; eine Friedenslösung, welche Schwächen diese auch immer haben mochte, erwies sich erst dann als erreichbar, als die USA verstärkt in den Konflikt eingriffen.

Nun ist die Diskussion um eine Europäisierung der NATO oder die Schaffung eines "european pillars" innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft keineswegs neu und das Muster, das sich im Verlauf dieser Diskussionen herausgebildet hatte, ist ohne große Mühe auch in den neunziger Jahren zu erkennen. Bis zu einer nicht sehr präzise

definierten Grenze waren die USA stets nicht nur nicht gegen verstärkte europäische Bemühungen in der Sicherheitspolitik, sondern sogar – aus den erwähnten Gründen der Kostenreduktion – sehr dafür. Der Rubikon, der dabei nicht überschritten werden durfte, war der Punkt, an dem die europäischen Bemühungen zu einer Emanzipation von der NATO und nicht zu einer Stärkung der NATO führen würden. Die in der post-cold-war-Situation zu Anfang der neunziger Jahre neu aufflammende Diskussion über stärkeres europäisches Engagement in der Sicherheitspolitik fand 1992 im Maastrichter Vertrag einen ersten Niederschlag, als die WEU plötzlich als "integraler Bestandteil der Entwicklung der EU" identifiziert wurde, obwohl der Kreis der Mitglieder beider Organisationen keineswegs deckungsgleich ist. Dies löste zwar in den USA bei der Bush-Administration keine große Begeisterung aus, da man hier einen Spaltpilz für NATO entstehen sah, es rief aber auch noch keinen großen Widerstand hervor. Clintons Einstellung war hier sogar deutlich positiver als die der Bush-Regierung. Dies war auch an den Beschlüssen der Brüsseler und der Berliner NATO-Konferenzen (1994 u. 1996) erkennbar, als mit dem Konzept der "Combined Joint Task Forces" ein Kompromiß erreicht wurde, der den Europäern ermöglichen sollte, sicherheitspolitisch eigene Wege **innerhalb** des NATO-Bündnisses gehen zu können. In der Praxis blieb das eindeutige Prä der NATO trotz dieser Deklarationen fast ohne Einschränkungen erhalten.

Der Kosovo-Krieg hat den letzteren Punkt in kaum zu überbietender Weise illustriert. Die Dominanz der Nato war ebenso evident wie die Dominanz der Amerikaner in der NATO. So wußten die europäischen Kampfflieger meist nicht einmal, welche Ziele ihnen von der amerikanischen Satellitenaufklärung zugewiesen wurden. Zugleich führt mich dies zum Ausgangspunkt zurück. Die Deutschen haben sich im Kosovo-Krieg völlig den amerikanischen Erwartungen entsprechend verhalten – der erste Kriegseinsatz seit dem Ende des II. Weltkrieges war ein säkularer Schritt von der Bonner zur Berliner Republik, wie es jüngst der Frankfurter Politikwissenschaftler Gunter Hellmann ausgedrückt hat –, aber zugleich beschleunigte der Kosovo-Krieg unter deutscher Beteiligung die europäische Entschlossenheit, sich eine autonome sicherheitspolitische Kompetenz *unabhängig von der NATO* zu verschaffen. Beschleunigte deshalb, weil bereits 1998 mit einer französisch-britischen Initiative, dem "Signal von Saint-Malo", die europäischen Ambitionen erkennbar geworden waren. Diese europäische Entschlossenheit wurde 1999 in den Gipfelkonferenzen von Köln und von Helsinki eindrucksvoll bewiesen, als man beschloß, bis zum Jahr 2003 eine europäische Eingreiftruppe in Stärke von 50-60.000 Mann aus

dem Boden zu stampfen und für diese eine eigene Satellitenaufklärung zu schaffen. Letzteres ist der eigentlich interessante Punkt, denn die Truppen werden lediglich aus vorhandenen Kontingenten genommen und der EU zugeordnet. Eine europäische Satellitenaufklärung gibt es aber bisher nicht; ein früherer deutsch-französischer Versuch ist aufgrund der damit verbundenen Kosten Mitte der neunziger Jahre im Sande verlaufen. Aber diesmal ist man offenbar wild entschlossen, obwohl die Haushaltslage der meisten europäischen Staaten keineswegs so rosig ist wie in den USA, wo ein Hauptstreitpunkt im gerade zu Ende gegangenen Präsidentschaftswahlkampf war, was man mit dem großen Überschuß anfangen solle.

Gunter Hellmann hat im Sommer dieses Jahrs in der FAZ (19.6.2000) geschrieben, daß "die europäischen Staats- und Regierungschefs im Kern zwischen einer bescheideneren `atlantischen´ und einer ehrgeizigeren `gaullistischen´ ESVP wählen müssen." In der Tat fühlt man sich aus bundesdeutscher Sicht an die Konstellation der sechziger Jahre erinnert, was mich zugleich zu meiner letzten These führt:

Deutschland muß sich sehr bald darüber klar werden muß, was eigentlich seine genuin eigenen Interessen im Verhältnis zu den USA sind, nicht nur, aber auch wie diese mit der deutschen Rolle in der europäischen, insbesondere sicherheitspolitisch verstandenen Integration zu vereinbaren sein werden.

"Europa oder Amerika?" lautet übrigens auch der Titel eines Sonderheftes des "Merkur" vom September/Oktober 2000. Die Bundesregierung scheint sich dieser Parallelität zu den sechziger Jahren durchaus bewußt zu sein. Die offiziöse Zeitung "Das Parlament" berichtete über die Rede des Bundesaußenministers Joschka Fischer vom 15. September dieses Jahres in der Georgetown University bzw. über die sich anschließende Diskussion:

> "In der Vergangenheit [so Fischer] habe sich Deutschland mehrfach damit konfrontiert gesehen, zwischen Frankreich und den USA wählen zu sollen. `Wir haben es stets vermocht, diese doppelte Bindung aufrecht zu erhalten´, vermerkte Fischer stolz, fügte aber diplomatisch hinzu, daß dies wohl nicht immer so bleiben müsse, denn es sei auch `klar, daß die europäische Integration für uns eine überragende Bedeutung besitzt.´" (DP Nr. 40 v. 29.9.00)

Der unbefangene Zuhörer staunt über die Selbstverständlichkeit, mit der der deutsche Außenminister hier einen erheblichen Bruch in der Kontinuität deutscher Außenpolitik postuliert. Denn darüber muß man sich klar sein; auch wenn bereits in der vorhergehenden Regierung Kohl die europäische Orientierung – am deutlichsten symbolisiert durch den

EURO – eine gewisse Priorität gewann, so hat doch Kohl stets verstanden, den Amerikanern deutlich zu machen, daß das europäische Engagement der Bundesrepublik Deutschland nichts an der Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen ändere.

Wenn man sich an die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Atlantikern und Gaullisten in den sechziger Jahren erinnert, die vor allem die damals regierende CDU/CSU beinahe zerrissen hätten und aus denen Helmut Kohl ganz zweifellos seine Lehren gezogen hatte, so verwundert heute, daß sich kaum noch Atlantiker zu Worte melden. Dabei wäre dies durchaus angebracht, denn offenbar hat sich die Bundesregierung entschieden, diesmal nicht dieselbe Wahl wie damals zu treffen, auch wenn sie natürlich wie damals versucht und weiterhin versuchen wird, eine konflikthafte Entscheidung zwischen Europa und Amerika möglichst zu vermeiden. Gewiß, die entscheidenden Faktoren, die damals für die atlantische Option sprachen, sind in der heutigen weltpolitischen Lage weitgehend entfallen: die völlig einseitige sicherheitspolitische Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten ebenso wie die Bedeutung der USA und deren machtpolitischen Gewichts für die Lösung der deutschen Frage. Aber heißt das, daß heute gar nichts mehr für etwas mehr europäische Zurückhaltung und etwas mehr Wert der atlantischen Option für Deutschland spricht? Zwei Punkte bzw. eher Fragen dazu:

1. Kann Deutschland es sich leisten, die ausgestreckte Hand der Vereinigten Staaten ("Amerika steht an Ihrer Seite, jetzt und für immer"), die natürlich stets mit der oben beschriebenen Erwartungshaltung verbunden war und weiterhin ist, zurückzuweisen? Oder würde nicht eine solche Haltung die Störung auf der Makro-Ebene bedeuten, die all die eingangs erwähnten Probleme und Problemchen zu möglichen Konflikten machen würde?

2. Ist die europäische Entwicklung wirklich in so gesicherten Bahnen, daß eine einseitig europäische Orientierung den deutschen Interessen entspricht? Immerhin ist bisher weder die institutionelle Reform der EU gelungen, die als Voraussetzung für Aufnahmefähigkeit Europas für neue Mitglieder gilt, noch ist die Integration der mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten schon gelungen oder auch nur ernsthaft in Angriff genommen worden. Völlig unabsehbar ist darüber hinaus, welche Auswirkungen die ESVP auf den europäischen Integrationsprozeß haben wird; immerhin ist nicht zu verkennen, daß die ESVP gewissermaßen neben den bisherigen europäischen Institutionen betrieben wird. "Mr. GASP", Javier Solana, fungiert als ein Sekretär des Europäischen Rates, in dem die

Nationalstaaten den Ton angeben; insofern ist bisher nicht völlig eindeutig geklärt, ob durch die ESVP die Sicherheitspolitik vergemeinschaftet wird oder ob nicht vielmehr eine schleichende Tendenz zur Renationalisierung im europäischen Integrationsprozeß einzusetzen beginnt. Und ob es diesmal gelingen wird, die gewaltigen Kosten für ein Satellitenaufklärungssystem aufzubringen, ohne das die europäische Truppen auf beiden Augen blind wären, ist auch alles andere als sicher. Muß die Bundesrepublik unbedingt bei der Errichtung dieser neuen europäischen Armee voranpreschen und das größte Kontingent von 18.000 Soldaten versprechen, wie Verteidigungsminister Scharping es vor wenigen Tagen tat? Die USA sind von den europäischen sicherheitspolitischen Ambitionen wenig begeistert, weil diese zu einer Schwächung der NATO und zu Duplizierung vorhandener Kapazitäten führen würden – so die amerikanische Kritik. Wenn es darüber zu ernsthaften Konflikten mit den Vereinigten Staaten kommt, so wird Deutschland in sehr viel höherem Maße der Leidtragende sein, einfach weil sich an Deutschland höhere Erwartungen – und wohl auch nicht unverständliche Erwartungen – richten als an die übrigen europäischen Mächte.

IV. Die deutschen Interessen an den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Nach diesen Thesen zur Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in den neunziger Jahren komme ich auf den eingangs genannten Punkt bzw. die Frage nach den nationalen Interessen Deutschlands in oder vielmehr an den deutsch-amerikanischen Beziehungen zurück.

Um nicht mißverstanden zu werden, will sei noch einmal betont, daß ich keineswegs darauf hinaus will, daß heute unter anderen Bedingungen dieselbe atlantische Entscheidung gefällt werden müsse wie in den sechziger Jahren und daß das deutsche Interesse am Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wichtiger sei als das europäische Engagement. Im übrigen muß beides ja auch keineswegs konflikthaft als einander ausschließende Optionen auseinanderdriften. Aber es ist schon bemerkenswert, daß Politikwissenschaftler wie Werner Link und Ernst Otto Czempiel, die von gänzlich verschiedenen theoretischen Standpunkten aus argumentieren, zu dem selben Ergebnis kommen, daß ein Emanzipationsprozeß der Europäer von der amerikanischen Hegemonie das aktuelle Thema in den transatlantischen Beziehungen sei und daß dieser Prozeß durchaus den Anlaß für erhebliche Konflikte bieten **könne**.

Was man angesichts dieses Befundes vermißt, ist eine öffentliche Debatte darüber, was eigentlich das spezifisch deutsche außenpolitische Interesse ist, welche Optionen im deutschen Interesse sind und welche langfristigen Folgen bestimmte Entscheidungen haben können. Eigentlich ist es überraschend, daß diese Debatte kaum geführt wird, denn seit dem Machtwechsel von 1998 geht die Bundesregierung, geht auch der neue Bundeskanzler mit dem Begriff des nationalen Interesses sehr viel freimütiger um als frühere Regierungen. Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung das Bild vom "Generationswechsel" gebraucht, das seitdem fast etwas überstrapaziert wurde. Er hat seine Regierung als die Machtübernahme durch eine neue Generation bezeichnet, die unbefangen und ohne Schuldkomplexe "die eigenen Interessen vertreten" könne. Der bereits zitierte Gunter Hellmann hat im übrigen gezeigt, daß ein derartiges an den deutschen nationales Interessen orientiertes Denken nicht nur auf das Regierungslager beschränkt ist, sondern weit verbreitet ist und sich bis in die Jahre des großen Strukturwandels in den internationalen Beziehungen, also die Jahre 1990/91 zurückverfolgen läßt.

In der Europapolitik hat die Bundesregierung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lernen müssen, daß die Bäume des "nationalen Interesses" nicht in den Himmel wachsen, daß es in einem komplexen Verhandlungssystem mit fünfzehn Mitgliedsstaaten nicht so einfach ist, seine Interessen durchzusetzen, zumal dann wenn diese die Höhe der Nettozahlungen an die EU betreffen. Fast hat man den Eindruck, als wolle die Bundesregierung diesen Dämpfer im Verhältnis zu den USA kompensieren.

Ein illustratives Beispiel für diese Behauptung ist das deutsche Vorgehen im Fall der Brüder LaGrand. 1982 wurden die beiden Brüder im amerikanischen Bundesstaat Arizona verhaftet, weil sie einen Bankraub begangen und den Filialleiter der Bank brutal ermordet hatten. Das Besondere an diesem Fall ist nun, daß die beiden Mörder eine doppelte Staatsbürgerschaft besaßen, also sowohl die amerikanische Staatsbürgerschaft wie auch den deutschen Paß. Nach dem "Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen" von 1963, das von 144 Staaten ratifiziert wurde, auch von der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, ist es nun aber so, daß die Behörden eines Landes verpflichtet sind, die Verhaftung eines Staatsbürgers des anderen Landes diesem mitzuteilen und so dafür Sorge zu tragen, daß die verhafteten "Ausländer" vom Konsulat betreut werden können. Bei den Brüdern LaGrand ist das nicht geschehen, was allerdings auch damit zusammenhing, daß diese von den Behörden Arizonas gar nicht als Ausländer

wahrgenommen wurden, da sie ja auch die amerikanische Staatsbürgerschaft hatten. Ohne konsularische Betreuung, nur von einem bestellten Pflichtverteidiger verteidigt, wurden die beiden Brüder zum Tode verurteilt; das Urteil überstand alle Instanzen. Erst 1992, bereits in der Todeszelle, erfuhren die beiden Brüder durch einen Zufall, daß sie das Recht gehabt hätten, das deutsche Konsulat einzuschalten. Daraufhin setzten diplomatische Bemühungen ein, deren Intensität, vorsichtig ausgedrückt, unterschiedlich beurteilt werden. Erst letztes Jahr, als der Hinrichtungstermin festgesetzt worden war, begann auch die Bundesregierung tätig zu werden. Der deutsche Botschafter, Jürgen Chrobog, wurde als Sonderemissär nach Arizona geschickt, er konnte jedoch nichts ausrichten. Am 24. Februar 1999 wurde Karlheinz LaGrand und am 3. März Walter LaGrand jeweils durch eine Giftspritze hingerichtet. Zwischen den beiden Exekutionen entfaltete die deutsche Regierung einige Aktivitäten; Bundespräsident Herzog und Bundeskanzler Schröder wandten sich Clinton und die Gouverneurin von Arizona, Außenminister Fischer versuchte auf Madeleine Albright einzuwirken um die Exekution von Walter LaGrand im letzten Moment noch zu verhindern; alles wiederum ergebnislos. Schließlich wurde vor dem UN-Gericht in Den Haag eine Klage gegen die USA eingereicht; dieses erließ eine einstweilige Verfügung, daß die Hinrichtung bis zum Abschluß des Hauptverfahrens ausgesetzt werden solle. Die amerikanische Seite setzte sich mit der Exekution von Walter LaGrand über diese Verfügung und damit über geltendes Völkerrecht hinweg. Ihr Handeln war ganz unbestreitbar durch die Arroganz der Macht geprägt, die im übrigen keineswegs nur hier zu beobachten ist, sie war aber auch durch eine gewisse Provinzialität bestimmt. Der Fall hat verschiedene Facetten. So wirft er ein Licht darauf, daß es im westlichen Bündnis, das häufig als Wertegemeinschaft glorifiziert wird, erhebliche Unterschiede auf der Werte-Ebene gibt. Ebenso wirft er ein Licht auf manche Probleme, die mit der doppelten Staatsbürgerschaft verbunden sind. Im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen ist indes besonders interessant, wie es weiterging. Inzwischen steht nämlich vor dem Gericht in Den Haag die Hauptverhandlung an. Die amerikanische Regierung hatte sich hinter den Kulissen bemüht, die Deutschen dazu zu veranlassen, die Klage zurückzuziehen. In einer offiziellen Note drückte die amerikanische Regierung zu Anfang dieses Jahres schließlich ihr Bedauern über die Verletzung der Unterrichtungspflicht aus und entschuldigte sich sogar. "Wir haben", so verlautete einem Bericht der ZEIT (Nr. 47 v. 16. November 2000) zufolge aus dem Auswärtigen Amt, "auf die amerikanische

Position mit dem Hinweis geantwortet, der Entschluß zur Klageerhebung sei uns nicht leicht gefallen und solle die bilateralen Beziehungen nicht beeinträchtigen."

Ganz offensichtlich ist die deutsche Seite hier im Recht; das hat die amerikanische Seite inzwischen ja auch zugegeben. Aber ist es klug, prinzipienreiterisch auf sein Recht zu beharren? Wäre ein Ausgleich hinter den Kulissen nicht klüger gewesen? Kann man wirklich davon ausgehen, daß eine solche offene Herausforderung der einzig verbliebenen Weltmacht sich nicht auf die bilateralen Beziehungen auswirken wird?

Das führt mich zur Ausgangsfrage zurück, was das genuin deutsche Interesse an guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ist. Dazu muß ich erstens noch einmal die neo-realistische Theorie bemühen und zweitens eine etwas gewagte historische Analogie entwickeln.

Macht, und das ist gewissermaßen ein Grundaxiom der realistischen Theorie, Macht führt fast automatisch zu Gegenmachtbildung. Nun ist das machtpolitische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland innerhalb Europas seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, seit der Wiedervereinigung ganz unbestreitbar gewachsen. Was aber wird passieren, wenn die politische Integration der EU schließlich doch steckenbleiben sollte, wenn die Integration Osteuropas zu einer Stagnationsphase führt und Europa auf dem wirtschafts- und währungspolitischen Stand, den es heute erreicht hat, verharren sollte? Nur am Rande sei bemerkt, daß es um die europäischen Hoffnungen, mit dem EURO die Leitwährungsfunktion des Dollar herausfordern zu können, in letzter Zeit bemerkenswert still geworden ist. Ist eine solche Gegenmachtbildung innerhalb Europas für jenen Fall der Stagnation völlig undenkbar? Wäre es dann nicht im deutschen Interesse, in der Art eines "Rückversicherungsvertrages" ein enges Verhältnis zu den USA zu pflegen? Die Analogie zur Kündigung des Rücksicherungsvertrages kurz nach Bismarcks Entlassung, die damals innerhalb kürzester Zeit zur Isolierung des Deutschen Reiches geführt hatte, ist zweifellos etwas gewagt. Damit soll auch nur ausgedrückt werden, daß es gefährlich sein kann, die Freiheit der eigenen Position zu überschätzen und leichtfertig bewährte Bündnisse aufs Spiel zu setzen.

V. Zusammenfassung

Wenn ich meine Überlegungen abschließend knapp zusammenfasse bzw. Schlußfolgerungen hinsichtlich der deutschen Interessen ziehen will, so muß ich dabei auf

die eingangs konstatierte Dialektik von Kontinuität und Wandel zurückkommen. Der Wandel ist evident; die völlig asymmetrische Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von den Vereinigten Staaten in der Sicherheitspolitik besteht in dieser Form nicht mehr, weil es keine vergleichbare aktuelle Bedrohung mehr gibt. Die Wiedervereinigung wurde – mit Unterstützung der USA – verwirklicht, also auch in dieser Hinsicht ist man nicht mehr auf das machtpolitische Gewicht Amerikas angewiesen.

Aber diese neu gewonnene Unabhängigkeit sollte auch nicht zu einer Überschätzung der eigenen Möglichkeiten führen. Deutschland hat aus den oben beschriebenen Gründen nach wie vor ein genuin eigenes Interesse daran, daß die Vereinigten Staaten eine europäische Macht bleiben. Aufgrund dieses eigenen Interesses sollte man deutscherseits versuchen, wie schon in früheren Jahren, beides in Einklang zu halten, die europäische Bindung und das transatlantische Bündnis. Dazu gehört aber dann auch, daß die Bundesregierung in Europa darauf hinwirkt, daß sich Europa nicht gegen Amerika definiert, auch wenn es gar nicht so selten durch die amerikanische Überheblichkeit, sei es in der Handelspolitik oder in anderen Feldern, herausgefordert wird. Dazu gehört aber auch, daß man eine gewisse innere Distanz zur spezifisch amerikanischen Spielart des Kapitalismus, die nicht nur auf der politischen Linken besteht, nicht zur Grundlage außenpolitischer Entscheidungen macht.

Aufgrund der immer noch schwierigen geopolitischen Lage Deutschlands in der Mitte Europas sollte man das Element der Kontinuität nicht unterschätzen, das die deutsche Politik gelegentlich zu gewissen Eiertänzen und zu einer Unklarheit der Position zwingt. Die von Joschka Fischer in Georgetown beschworene Wahl zwischen Europa und Amerika sollte man nach Möglichkeit auch heute noch vermeiden. Eine solche mangelnde Klarheit ist aber nicht so schlimm, viel schlimmer wäre es, am Ende zwischen allen Stühlen zu sitzen.